

1./I. 1918.

18

Groß-Berlin an der vierten Kriegsjahreswende.

In den fast 3½ Jahren des Krieges, die hinter uns liegen, sind die Groß-Berliner Gemeinden immer tiefer in die Aufgaben der Kriegszeit hineingewachsen, und das Jahr 1918, das nun vor uns liegt und von dem wir nicht wissen, ob es schon das Friedensjahr sein wird, dürfte auf dem Wege dieser Entwicklung eine Fülle weiterer Aufgaben für Groß-Berlin bringen. Wie gewaltig, umfangreich und vielfältig sind die Kriegseinstellungen Groß-Berlins geworden! Nicht in die Millionen — in die Milliarden gehen die Werte, die die Gemeinden und Kreise Groß-Berlins bis jetzt an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen für die 4 Millionen Einwohner Groß-Berlins umgesetzt haben, viele Tausende zählen die Beamten, Angestellten und Hilfskräfte, die für die Ernährung, Bekleidung und Fürsorge der Bevölkerung unermüdblich tätig sind! Wenn man an der Jahreswende 1917/18 diese riesige Arbeit Groß-Berlins zum Wohle des Vaterlandes rückschauend betrachtet, so zeigt sich, daß die Kriegszeit sie in drei Schichten aufgebaut hat: Kriegsfürsorge — Kriegsernährung — Kriegswirtschaft.

Das erste Kriegsjahr war in wirtschaftlicher Hinsicht fast noch ein altes Friedensjahr. Die Hauptarbeit der Gemeinden galt der Fürsorge für die Kriegerfamilien. Im zweiten Jahr des Weltkrieges, da die Nahrungsmittelquellen der Friedenszeit versiegten und der Hungerkrieg der Briten uns vom Weltmarkt absperrte, kam die von Monat zu Monat vielgestaltiger und dringender werdende Arbeit der Kriegsernährung hinzu, daneben verdoppelte und verdreifachte sich aber die Kriegsfürsorge infolge der vermehrten Speiseeinziehungen und der Erhöhung der Unterstützungssätze. Und das letzte, das dritte Kriegsjahr, hat zu diesen beiden großen Arbeitsgebieten noch die Aufgaben der Kriegswirtschaft gebracht: der kommunalen Fürsorge für die Bekleidung und Beschuhung der Bevölkerung, die Versorgung mit Kohlen und Brennholz, die Regelung der Sammelheizung und Warmwasserversorgung und zuletzt die Vorarbeit für die Möbelbeschaffung, die Vorarbeiten für die kommunale Uebergangswirtschaft zum Besten der heimkehrenden Feldgrauen. Schon zeigt sich im Hintergrund riesengroß eine neue gewaltige Aufgabe: die Lösung der Wohnungsfrage und die Behebung der Kleinwohnungsnot, deren Kommen nun wohl keine Streitfrage mehr ist.

Die alles umfassende Siedlungsfrage ist die eigentliche Groß-Berliner Frage, die Aufgabe, die von keiner einzelnen Gemeinde allein, insbesondere auch nicht von Berlin, gelöst werden kann, zu deren Erfüllung sich vielmehr alle Kräfte einträchtiglich zusammenmüssen. Von hier aus wird der Groß-Berliner Gedanke einen mächtigen Anstoß bekommen. Viele Kräfte sind schon jetzt am Werk, um diesem erstrebenswerten Ziel näher zu kommen. Der Bürgerschaftsausschuß Groß-Berlin sucht den Groß-Berliner Gedanken durch das Aufrütteln der Bürgerschaft selbst in Fluß zu bringen, daneben rühren sich die städtischen und Gemeindeverwaltungen, um für die kommenden Aufgaben gerüstet zu sein.

Dem Beobachter des Groß-Berliner Gemeindelebens zeigt sich nun eine merkwürdige Folge der hinter uns liegenden drei Kriegsjahre auf die Groß-Berliner Verfassungsfrage: Auf der einen Seite ist der Groß-Berliner Gedanke, das heißt die Einsicht, daß die Groß-Berliner Gemeinden sich zu einem leistungsfähigen Ganzen zusammenfinden müssen, stark gewachsen. Das Groß-Berliner Gemeinheitsbewußtsein ist da. Auf der anderen Seite aber darf der Eingemeindungsgebante, die sogenannte „glatte Eingemeindung“, als abgetan gelten. Die Kriegszeit und der gesteigerte Wettbewerb, das Gefühl der eigenen Arbeit und Leistungsfähigkeit auch in den Stürmen des Weltkrieges hat in den Stadtgemeinden wie in den großen Vorortlandgemeinden das Gefühl der Selbständigkeit beträchtlich gehoben. Als Ausfluß dieses Gefühls kann die Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Teltow angesehen werden.

Die Lösung der Groß-Berliner Frage wird in der gemeinsamen Lösung zweier Aufgaben zu erblicken sein: in der Einheitlichkeit und Zusammenfassung der Verwaltung gemeinsamer Aufgaben wie in der gleichzeitigen Selbständigkeit der Einzelgemeinde in örtlichen Fragen. Der Verband Groß-Berlin kann nur als erster tappender Versuch in dieser Richtung angesehen werden. In seiner jetzigen Gestalt hat er die Groß-Berliner Aufgabe nicht lösen können.

Möge das neue Jahr 1918 für das Vaterland den deutschen Sieg und deutschen Frieden bringen — für Groß-Berlin aber die ersten erfolgreichen Arbeiten zur Errichtung des neuen, gemeinsamen, kommunalen Oberbaus als einer weiteren Stufe in der Entwicklung der durch den Krieg mächtig geförderten und ihrer Leistungen bewußt gewordenen Selbstverwaltung der Groß-Berliner Bürgerschaft.